

Ersteinigt täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pf. vierteljährlich 1,50 Mk. pränumer. bei im Voraus bezahlte die Post bringen 1,50 Mk. extra halbjährlich 30 Pf.

„Die Neue Welt“ (Arbeiterzeitung) durch die Post nicht bezahlbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksrecht Halle/Sa.

Volksrecht

Inserionsgebühr beträgt für die 8 Spaltenbreite oder deren Raum 50 Pfennige.

für ausserordentliche Anzeigen 25 Pfennige.

Im reaktionären Sinne kostet die Zeile 75 Pfennige.

Inserate für die 8 Spaltenbreite müssen spätestens bis vor Mittag des Tages der Expedition aufgegeben sein.

Einzelnummern in die Postzustellung.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2 12—1/2 1 Uhr mittags.

Vom „nationalen“ Interesse.

In der Deutschen Tageszeitung, dem Hauptorgan der agrarischen Protowucherer, wird gegenwärtig ein höchst politischer Kampf geführt zum Schutz der sogenannten „deutschen“ Schrift. Mindestens alle zwei Tage kann man dort einen wütenden Artikel zur Verteidigung der „böllischen Eigenart“ lesen, die angeblich in der „deutschen“ Schrift liegen soll und erhalten werden muß. Es ist das nur wieder ein Beweis von dem unzulässigen Mangel an Bildung, der bei den Redakteuren und Mitarbeitern des agrarischen Blattes herrscht. An sich ist natürlich niemand verpflichtet, gerade über die deutsche Geschichte sich besonders eingehende Kenntnisse zu verschaffen. Wenn aber einer tagtäglich das „deutsche Volkstum“ im Munde führt und sich als besten ganz besonderen Vertreter und Beschützer ausgeben will, sollte man doch wohl verlangen können, daß er über Entwicklung und Werden dieses Volkstums wenigstens einige oberflächliche Kenntnisse besitzt. Dann aber müßte er wissen, daß die angeblich „deutsche“ Schrift mit deutscher Eigenart nichts, aber auch absolut gar nichts zu tun hat. Diese „deutschen“ Buchstaben sind uns von den Römern genau ebenso überkommen, wie den Franzosen und Spaniern die lateinischen. Ja, es sind überhaupt dieselben Buchstaben, nur mit einigen Verformungen versehen. Und das deutsche Volkstum gewinnt nicht und verliert nicht, ob diese Verformungen nun beibehalten oder aufgegeben werden.

Während so das Agrarblatt um ein Nichts sich in eine gemachte „nationale“ Begeisterung hineinlüßt, ist jenen eine Veroffentlichung erschienen, die den wahren Wert des Interesses, das die Agrarier für das deutsche Volkstum haben, wieder einmal ins hellste Licht setzt. Wir meinen den **Gesellschaftsbericht der Deutschen Feldarbeiter-Zentrale** für das Jahr 1909/10. Bekanntlich hat der preussische Minister des Innern in den Jahren 1897 und 1898 verfügt, daß alle ausländischen Arbeiter, die in Preußen beschäftigt werden, deutsche Legitimationspapiere haben müssen, die von der Feldarbeiter-Zentrale ausgestellt werden. Die anderen norddeutschen Staaten haben sich der Verfügung angeschlossen, die süddeutschen dagegen nicht. Die Feldarbeiter-Zentrale betrachtet es als ihre wesentliche Aufgabe, den Klagen der Agrarier über Mangel an Arbeitern in der Landwirtschaft abzuhelfen, und tut dies durch Anwerbung von möglichst viel ausländischen Arbeitern. Sie hat im Berichtsjahr fast 643 000 Legitimationskarten für ausländische Arbeiter ausgestellt, wovon $\frac{1}{2}$ in die Landwirtschaft, $\frac{1}{3}$ in die Industrie gingen. Zweifelslos ist das bei weitem nicht die Gesamtzahl der nach Deutschland in dem einen Jahr heringekommenen fremden Arbeiter. Denn einmal fehlen die süddeutschen Staaten, die, wie gesagt, der Zentrale nicht angeschlossen sind, und ferner liegt die Zentrale in ihrem Bericht, das immer noch eine Menge fremder Arbeiter ohne die Legitimation herüberkommen und sich hier aufhalten. Ihre Zahl dürfte also insgesamt nicht viel weniger als eine Million ausmachen. Von den 643 000, die die Zentrale vermittelt hat, gehören die allermeisten den slavischen Nationen an, nämlich 200 000 russische Polen, 83 500 galizische Polen und 82 000 Ruthenen, das macht zusammen 466 500. Deutscher Nationalität — aus Preußen und Ostpreußen — sind nur 66 000, Niederländer und Belgier 54 000, Italiener 40 000, Ungarn 28 000.

Das bedeutet also: weil es die Herren Agrarier so wünschen, werden Jahr für Jahr Hunderttausende polnischer und russischer Arbeiter ins Land geführt. Selbstverständlich denken wir Sozialdemokraten im Traum nicht daran, den slavischen Proletariats das Recht der Arbeit in Deutschland zu bestreiten. Sie sind für uns Arbeitsbrüder, wie alle anderen, die über die kapitalistische Krise ihres Glubs ausgeklüfft werden müssen, soweit sie sie noch nicht kennen. Aber die Leute, die in der Deutschen Tageszeitung und im Munde der Landwirte das große Wort führen, wissen doch sonst nicht großlich genug die schweren Gefahren zu schildern, die dem deutschen Volkstum angeblich von den Polen drohen sollen. Das müßten sie doch nach Strafen die Fische polnischer Arbeiter betrachten! Aber das ist natürlich ganz anders! Die polnischen Arbeiter aus Preußen und Galizien heißen leider noch tiefer in der Kultur, haben noch weniger Kulturbürgerrechte als die Deutschen, in folgedessen sind sie billiger, und wo es um den Vorteil der eigenen Tasche geht, da spielen eben die Herren Agrarier auf das „nationale Interesse“ und auf das deutsche Volkstum. Bares Geld ist ihnen noch immer wichtiger und heiliger gewesen als Vaterland und „böllische Eigenart“.

Dabei läßt sich gar nicht verlernen, daß diese fremdländischen Arbeiter — gerade wegen ihres niedrigeren Kulturstandes — in gewisser Weise wirtschaftlich das deutsche Volkstum zu schädigen geeignet sind. Zwingen sie doch die deutschen Arbeiter durch ihre Konkurrenz, sich ebenfalls mit weniger zu bescheiden; sie drücken also einen Teil des deutschen Volktes in der Tat von seiner erreichten Kulturhöhe herab. Die köstliche Zeitung, die ja ebenfalls wie die Deutsche Tageszeitung ein kapitalistisches Blatt, hat kürzlich über solche Schädigung dementsprechend Worte geführt, und dabei u. a. folgendes angeführt: Wenn alljährlich Hunderttausende von jungen Leuten fremden Volkstums so planmäßig ins Land gebracht werden, kann natürlich ihre geschlechtliche Vermischung mit deutschen Frauen nicht ausbleiben. Da es sich nun hier, wie

bemerkt, ausschließlich um Männer eines Volktes niedriger Kultur handelt, so kann daraus eine Verbesserung der deutschen Rasse zweifellos nicht erwartet werden. Was die Volkswirtschaft angeht, so sind die Werte, die diese niedrig stehenden fremden Arbeiter in unserem Lande schaffen, selbstverständlich weit geringer, als wenn deutsche Arbeiter an ihrer Stelle ständen. Als Käufer oder Verkäufer für Deutschland kaum in Betracht, denn von ihrem Lohn verbrauchen sie hier nur den geringsten Teil, das allermeiste — und das sind insgesamt viele Millionen — schicken sie oder bringen sie in ihre Heimat. Es geht also dem deutschen Handel und Wandel der kräftige Anstoß verloren, der von einer Millen gutgeschulter deutscher Arbeiter ausgehen würde. Endlich gibt es neben diesen mangelhaften Ausländern immer eine mehr oder minder große Anzahl von Arbeitslosen deutscher Nationalität. Diese zurück zu versorgen, hat aber der große Grundbesitz kein Interesse, denn sie müßten höheren Lohn kriegen, und die Feldarbeiter-Zentrale hat erst recht kein Interesse daran, denn deren Einnahmen beständen lediglich in den Gebühren, die die armen Ausländer für die famosen Legitimationskarten bezahlen müssen.

Es wäre nun von höchstem Interesse, zu erfahren, zu wessen Lohn und Arbeitsbedingungen die Ausländer angenommen werden. Aber darüber wird nichts mitgeteilt. Wie es damit aussehn mag, kann man sich vielleicht vorstellen, wenn man daran denkt, daß selbst die deutschen Landarbeiter — und denen soll es doch immer noch etwas besser gehen — oft nicht viel besser als das liebe Vieh leben. Zum Beispiel schrieb ein langjähriger weltpreussischer Untersuchungsbeamter vor etwa Jahresfrist in einer bürgerlichen Zeitschrift (Blut, Anfang Januar 1910): „Die Wohnung eines Landarbeiters besteht meist aus Stube und Kammer in einer niedrigen Stille. Die verheirateten Arbeiter haben totalen höchstens einen Schornstein, der häufig feuer arm ist, und diesen muß der Arbeiter die Kammer abströmen. Man müßte die Leute sehr häufig aber auch noch ihre Schweine und das Ferkelchen den Winter über in der Kammer unterbringen, weil das Vieh in den primitiven Ställen erfrieren würde.“ Für die Familie bleibt also die kleine Stube mit Schlafbühnen, in der nun gemocht, geschlafen, gekocht und gebrotet wird. Die Türe zur Kammer — sofern sie überhaupt eine Türe hat — muß im Winter Tag und Nacht offen bleiben, weil die Kammer natürlich keinen Ofen hat.

Und Leute, die so zu leben gezwungen sind, sind den Agrariern noch zu teuer! Sie nehmen lieber Ausländer mit noch tieferem Lebensgewohnheitsniveau. Dafür aber machen sie sich über diese in Arbeitslosigkeit getriebenen Volksgenossen lustig! Bar doch am 13. März in der Deutschen Tageszeitung eine „geistreiche“ Wauderei zu lesen, in der die Arbeitslosen wie folgt verhöhnt wurden:

„Was paßt denn überhaupt Arbeit? Das heißt, diejenige Arbeit, die der Banane Arbeit nennt? Andere, oft recht schwierige Arbeit“ wird, wenn sie lohnrückend ist, von vielen Arbeitslosen ausgeübt, vom Schmierreihen aufwärts bis zum Selbstbranntwasser, was bekanntlich eine Beschäftigung ist, die nicht nur Fleiß und Geschicklichkeit, sondern auch eine ganze Dosis technische Erfahrung erfordert. Ich kam neulich abends auf der Friedrichstraße mit meinem Freunde Fritz aus Erben Platz Wols (erster Teilantenne „Landesgenossen“ Schmapstschne) heraus. Wir hatten genug (Schnaps) eingenommen, um die Welt und unsere Mitmenschen mitler zu beurteilen, als sie es verdienen.“

Und nun wird weiter erzählt, wie die beiden Betroffenen von einem anständig gekleideten jungen Mann angebettelt wurden, der vorgab, arbeitslos zu sein und seit zwei Tagen nichts gegessen zu haben. Sie gaben ihm und besetzten sich selbst ihre „Gutial“ dadurch, daß sie nochmals zum Schnaps zurückkehrten. Als sie dann, noch um ein Zeit beoffener, wieder auf die Straße traten, verurteilte derselbe Bettler sein Glück nochmals bei ihnen, wodurch sich dann herausstellte, daß es ein Schwindler war.

Das ist alles, was das Agrarblatt zur Arbeitslosigkeit zu sagen hat — das heißt, zu dem Elend und Jammer derjenigen, die zum Teil durch die selbstthätige Dangkier der Agrarier aus ihrer vorher schon kümmerlichen Existenz gejagt und durch Ausländer ersetzt worden sind. Wäreilich, wir sind Gegner der Privilegien. Aber wenn es der Deutschen Tageszeitung niemals gelang, wie sie es so oft verliert, die Einführung der Privilegien für besondere Rollen durchzusetzen, dann müßte solche Rederei, wie sie in diesen „Wohltun“ zum Ausdruck kommt, zu allererst mit Prügelein belohnt werden.

Die Suche der polizeilichen Mörder?

Aus Berlin schreibt man uns:

Nachdem die Behörden die Heberzeugung gewonnen haben, daß die Sozialdemokratie alles aufreihen wird, um die Mörder des in Preußen erschlagenen Arbeiters Herrmann ausfindig zu machen, beginnen auch sie ein etwas schäblicheres Interesse für die Ghabhaftmachung der polizeilichen Heberleiter an den Tag zu legen. Wie der Berl. Volkszeitung erfährt, sollen noch im Laufe dieser Woche fünf Leuten aus dem Publikum, die gesehen haben, wie zwei Schupkeute aus Herrmann einbrachen und ihn niederlegten, fünfzig Schupkeute gegenüber gestellt werden, die als Täter in Betracht kommen könnten. Die Kon-

frontation soll im Kriminalgericht Robbit stattfinden und mit aller Gründlichkeit durchgeführt werden.

An dieser Nachricht ist auffällig, daß es nicht weniger als 50 Schupkeute sein sollen, die man den Zeugen aus dem Publikum gegenüber stellen will. Aus 50 gleichmäßig uniformierten, normal gewachsenen, meist auch mit uniformer Barttracht versehenen Beamten werden die Täter kaum herauszufinden sein, es wäre denn, daß ein besonderer glücklicher Zufall den Zeugen zu Hilfe käme. Man muß sich wundern, daß es der untersuchenden Behörde nicht möglich sein soll, den Kreis der möglichen Täter enger zu begrenzen.

Bekanntlich hat der Polizeipräsident v. Jagow — auch der Vorwärts erinnert daran — vor zwei Monaten zu Wilhelmshagen eine Rede gehalten, in der er berichtete, er sei in der Lage:

„Auf Grund eingehender Untersuchung jedes Einzelfalles zu weitausiger Bestimmtheit es auszusprechen, daß der Ehrenschuß unterer Schwärmannschaft reiner ist.“ Entweder hat Herr v. Jagow mit seiner Behauptung, er habe jeden Einzelfall genau untersucht, die Öffentlichkeit getäuscht oder aber er muß die Namen der schuldigen Beamten kennen, und dann würde er selber ein schweres Amtsverbrechen begehen, wenn er es unterließe, sie der Staatsanwaltschaft mitzuteilen. Es ist daher höchst merkwürdig, daß sich die Staatsanwaltschaft auf so umständliche und wenig Erfolg versprechende Konfrontationsverfahren einläßt, statt zunächst einmal Herrn v. Jagow und seine Unterbeamten gehörig ins Gebeiß zu nehmen.

Weiter! Nach den Erklärungen des Polizeiministers von Dallwitz soll die Beamten, die den Herrmann erschlugen, kein Verbrechen treffen. Auch diese Äußerung müßte als eine feindselige Verhöhnung der Öffentlichkeit bezeugt werden, falls der Polizeiminister etwa nicht mehr weiß, was er sagt und was die Heberkammer bei ihrer Urteilfällung gewußt hat. Wenn aber Herr v. Dallwitz mehr weiß, warum stellt er sich nicht mit seiner Wissenschaft der Untersuchungsbehörde zur Verfügung? Wenn die beiden Schupkeute unzufällig sind, warum haben sie nicht den Mut, selber hervorzutreten und zu sagen: Ja, wir haben es getan, aber wir erfüllen damit nur unsere Pflicht? Warum hat sich von den 50 bis 60 Schupkeuten, die in der Lieberischen Urteilshörung strafbarer Handlungen beschuldigt werden, überhaupt noch kein einziger gemeldet? Dieses Verschweigen zeigt nicht gerade von Mannesmut und noch weniger von einem reinen Gewissen!

Sind solches Unterzählen von Verbrechern in der Masse der uniformierten Beamtschaft ist ein so furchtbarer öffentlicher Skandal, ein so greller Stoß auf Recht und Ordnung, daß nichts unternommen werden darf, um die Wiederholung solcher Fälle zu verhindern. Dafür kommt aber ein sehr einfaches Mittel in Betracht, das, ohne unfehlbar zu sein, doch anderwärts nützliche Dienste geleistet hat, nämlich die Anbringung der deutlich erkennbaren Nummer des Schupkmanns an einer Stelle, die für die Heberkammer nicht zu übersehen ist. Die Berliner Schupkeute tragen ihre Nummern in der Hüfttasche, also an einer wenig auffälligen Stelle, die bei schlechtem Wetter durch die Mantelverdeckelung ist. Daher kommt es, daß die Feststellung von Schupkeuten nach ihrer Nummer nur in den seltensten Fällen möglich ist.

Die Schupkeule selbst, d. h. weitgens die minderwertigen Elemente unter ihnen, legen auf solche Anonymität das größte Gewicht, wie sich auch einmal bei Gelegenheit einer Berliner Schöffengerichts-Verhandlung drahtlich zeigte. An einen Schupkmann, der aus Anlaß einer Wahlrechtsdemonstration, auf vereinzelte ruhige Spaziergänger in brutaler Weise losgeschlagen hatte, war ein Verlecherhatter hergetreten, um ihn nach seiner Nummer zu fragen. Zur Antwort wurde der Beitzungsmann selbst gepackt und nach der Tasche geschleppt. Als er unterwegs zu dem ihm eskortierenden Schupkmann äußerte, es sei doch schade, daß der Berliner Schupkeule seine breiten Nummernschilder auf der Brust tragen, wie beispielsweise die Wiener Kollenen, antwortete der schlagfertige Wächter der Ordnung: „Ja, das könnte Ihnen ja so helfen, aber nicht uns!“ Es ist also Tatsache, daß sich die rauhfertigen Elemente der Schupkmannschaft infolge der schlechten Erkenntlichkeit ihrer Nummern vollkommen sicher fühlen. Der Beamtenzorn wird ihnen zur Tarnkappe, die je jeder Verfolgung entzieht.

Vielleicht ist auch an anderen Orten aus dem Mauthier Vorgehen die Lehre zu ziehen, daß für eine deutlichere Nummerierung der Beamten gefordert werden muß. Schon der bloße Gedanke, jederzeit wiedererkannt werden zu können, wird manche dieser Leute die nötige Juridikation lehren, die sie sonst zum Schaben ihrer unbemessenen Mitbürger so drahtlich vermissen lassen.

Zunächst kommt es darauf an, möglichst viele von den schuldigen Berliner Beamten — es handelt sich ja nicht um die Beschuldigten des Herrmann allein — vor den Richter zu bringen, und das wird jetzt, infolge des energischen Eingreifens des Sozialdemokratischen Parteivorstands, vielleicht doch bis zu einem gewissen Grade möglich werden. Dabei muß man sich freilich nicht einbilden lassen, daß es mit der härtesten oder gelindesten Bestrafung einer polizeilicher Verbrecher sein Wenden haben kann. Gleich doch diesen Heberleitern der mildernde Umstand zur Seite, daß sie als wenig gebildete und an militärische Unterordnung gewohnte Leute durch das herzergebende preußische System gegen die Bevölkerung nebst und zu ihren Verbre-

den getrieben werden sind. Die Schlußfolgerungen der Arbeiter
Grenzfällen sind am 27. September d. J. nicht in der
Lebhaftigkeit gemein, und wenn man sie so sein will, wird man
andernso finden müssen!

Politische Ueberflucht.

Halle a. S., den 27. März 1911.

Durchpeitschung der Reichsversicherungsordnung. Trendt hat alle.

In der freisprecherischen Hofst. seit der Abg. Trendt in
ausführlicher Weise den Herren Abgeordneten, nach dem die Reichs-
versicherung nach den Erfordernissen zu operieren bestrebt ist.
Es soll alles darauf angelegt werden, die Beschäftigung der
Reichsversicherungsgenossen noch vor fünf Jahren zu
erreichen. In knapp einem Monat soll also die ganze nahezu
200 Paragraphen umfassende Vorlage in zweiter und dritter
Lesung erledigt werden.

Zu diesem Zweck kündigt Herr Trendt seit schon, obwohl von
der Gegenseite noch kein Wort von Obstruktion gesprochen wor-
den, ja an eine solche auch gar nicht gedacht worden ist, neue
Veranlassungen der Widertheit und neue Änderungen der
Gesetzgebung an.

In dem Augenblick, wo entschieden war, daß die Verhandlungen
erst 1912 abgeschlossen werden, hat die Abfertigung eines
legalen Widerstandes gegen die Reichsversicherungsordnung,
eine Obstruktion aber oder eine obstruktionsartige
passive Resistenz, die ja schließlich nicht nur von der Sozial-
demokratie getrieben werden konnte, da die bürgerliche Linke
hierbei niemals sich beteiligen würde — kam im deutschen
Reichstage nach der Verwerfung der Sozialist-Obstruktion
auf Erfolg nicht mehr rechnen. Ein Widerspruch der
Gesetzgebung hat noch immer durch
Änderung zur Folge gehabt.

Nach dieser offenen Troibung, eine gründliche und sorg-
fältige Durcharbeit der ungenüger umfangreichen Reichs-
versicherung ordn., durch neue Veranlassungsmaßnahmen zu
verbessern, führt Trendt über:

Nämlich Realisations- und Executionszwecken dieses
gesetzliche Reformwerk nicht erreichen. Schützt diese
Vorlage, so ist eine Reihe von Jahren nötig, um sie zu
erzieren. Wer aber übernimmt die Gewähr, daß ein
Neuabschluß des Reichstages zu einer Verbilligung gelangen?
... Zur Reichsversicherungsordnung wird nach Oben die alte
Sozialist-Obstruktion geschlossen eintreten. ... Wenn die Ver-
sicherungsordnung auch nach 200 Paragraphen umfasst,
so ist ihre Erledigung vor fünf Jahren doch nicht er-
reichbar, wenn die Widertheit der Vorlage entsprechend,
im März 1911, und die verbotenen Änderungen selber
andere Vorlage zur Erledigung stellen, den Reichstag aber
auch nicht beabsichtigen, die dritte Lesung zu Ende zu
bringen.

Der politisch zu verheeren Herr Trendt stellt fröhlich ganz
genau, daß der Widerspruch des Parlamentarismus nicht auf
der Seite derjenigen liegt, die an der Durchpeitschung einer so
wichtigen Vorlage Gehmaß finden und doch noch weniger von
einem Widerspruch der Gesetzgebung die Rede sein kann,
wenn die Widertheit auf der Aufrechterhaltung einer geordneten
parlamentarischen Beratung besteht. Doch der Wider-
recht ein geschlossener Pakt von Sozialisten, Zentrum, National-
liberalen und auch Fortschrittlichen gegenüberliegen, ist
sicher und zeigt sich schon bei den letzten Kompromißbeschließen
über den Wand der Selbstverwaltung der Arbeiter in den
Krankenkassen. Man kann sich auf heilige Kämpfe gefaßt
machen.

Aben seiner ermahnen daß der Durchpeitschungsan der Wehr-
heit doch auch seine recht heitere Seite. Es ist wirklich äußerst
amüsan zu beobachten, wie die schrittweise verdrängten
Arbeitereinde so jetzt eilig haben, ein Gesetz fertig zu bringen,
das sie selbst als „sozialen Fortschritt“ preisen. Dieser Eifer
zeigt, daß das allgemeine Volkrecht doch selbst auf diese Herren
einen gewissen erheblichen Einfluß ausübt. Auszu erinnert
sich an das berühmte Wort des Herrn v. Sandbaur über den
„Beifall der Massen“ und man muß unwillkürlich lächeln.

Kleines Feuilleton.

Die Zustände in Mexiko.

Dem Reichstag, dem Herr v. Soltmann, der Präsident
des deutschen Reiches, hat seinen letzten unter dem
Ziel Notizen über Mexiko hat erscheinen lassen, entnehmen wir
einige Stellen, die besonders heute interessieren werden,
da sie Probleme voranschauen, die auch den neuesten Ereignissen
in Mittelamerika zugrunde liegen. Den wichtigsten
Zeitcharakteristik in Mexiko sind: die Unruhen
samtlich ist zum großen Teil bethätigt und erfolgreich, weil
die Voraussetzungen, das Mittel für eine aus persönlichen
Gründen selbstgehaltene Existenz fehlen; die Politik ist rein
persönlich. Der jeweilige bestehende Regierung fehlt jede
Möglichkeit zu ruhender Position, außer, die durch Gewalt
zu erreichen ist, zu verwalten, die Unruhen auszuarten
macht. Die unterirdisch sich bis vor die Regierungstritte
von der Delegationsorganisation, die über das ganze Land hin
die Gassen umher machen und als Gewaltherrschaften
ganze Provinzen ausüben, eigentlich in nichts als darin, daß
sie unter diesen Umständen die mächtigsten sind.
Das aber, das dann der zuletzt an die Staatsgewalt ge-
langten Politiker und Soldatenhand, ein solches gebrüder
und mit den reicheren Klassenmitgliedern des 19. Jahr-
hunderts arbeitender Ludwig IV. oder Kaiser von Mexiko, dient
zu gleicher Zeit seinem Verzicht, seinen Pantheon und seinen
einigen Werten anzuweisen, was sich durch Gewalt
zu erreichen ist, zu verwalten, die Unruhen auszuarten
macht. Die unterirdisch sich bis vor die Regierungstritte
von der Delegationsorganisation, die über das ganze Land hin
die Gassen umher machen und als Gewaltherrschaften
ganze Provinzen ausüben, eigentlich in nichts als darin, daß
sie unter diesen Umständen die mächtigsten sind.
Das aber, das dann der zuletzt an die Staatsgewalt ge-
langten Politiker und Soldatenhand, ein solches gebrüder
und mit den reicheren Klassenmitgliedern des 19. Jahr-
hunderts arbeitender Ludwig IV. oder Kaiser von Mexiko, dient
zu gleicher Zeit seinem Verzicht, seinen Pantheon und seinen
einigen Werten anzuweisen, was sich durch Gewalt
zu erreichen ist, zu verwalten, die Unruhen auszuarten
macht.

„Ereignis“

Über diese Stunde schreibt Dr. v. Walle in S. 1110 in
„Die Wiener Zeitschrift“, so ließ man, dass 15.000 Kronen

Dieses eifrigste, angestrengte Bestreben, dem sonst so verachteten
„Cott Demos“ zum Schluß noch durch schämige Opfer eine
gnädige Miene abzugeben, dieses „Streben um die Gunst
der Massen“, wie es ja sonst wohl im Jargon der Junter heißt,
ist geeignet, den Menschenleben teuer zu stimmen.

Die Sozialdemokratie, die dem Volk gegenüber ein reines
Gesinnung hat, kann solchen verwerflichen Meinungsäußerungen
keinen der letzten Schritte mit größter Bestimmtheit gegenüber-
setzen, sie wird auch in dieser Situation keinen anderen Beifall
kennen als die wirklichen Arbeiterinteressen.

„Partei der Schurken.“

Im Wahlkampf hatte der antisemitische „Sieger“ von
Gießen-Nidda, Dr. Werner, die Nationalliberalen
als die „Partei der Schurken“ bezeichnet. Als Dr.
Werner nach dem Hauptwahl sah, daß er ohne die nationallibe-
ralen Stimmen dem Sozialdemokraten unterliegen müßte,
nahm er in einem Schreiben an den Vorsitzenden des National-
liberalen Kreisvereins in Gießen die „Vorbereitung ausge-
sprochene“ Beilegung mit Bedauern zurück, worauf die man-
nhaften Nationalliberalen den reuigen Sünder zu ihrem Kreis-
tagsangehörigen wählten.

Sie hat die einst so hohe, in dessen herrschende Partei auch
sach vor dem Ende der Kandidatur enthauptet, mögen folgende
Tatünden zeigen:

In Gießen-Nidda präsidierten die Nationalliberalen dem
Vand der Landwirte ein einziges Mitglied dieses Bundes,
dem Landrechtsprofessor Geisweg, als gemeinsamen Kan-
didaten. Der Bund der Landwirte verwarf aber sein eigenes
Mitglied, das doch wenigstens theoretisch für den Landwirte
ganz nahe steht, und wählte den Antisemiten Werner auf. Im
bestimmten Reichstagswahlkreise Nidda-Verband das gleiche
Bild: Die Nationalliberalen bieten ein Mitglied des Bundes
der Landwirte als Kandidaten an, das sogar selbst praktischer
Landwirt ist, der Bund der Landwirte lehnt aber wieder ab
und wählt den Antisemiten Wally als Kandidaten auf.
Nach toller ist die Geschichte im hiesigen Reichstagswahlkreise
Gießen-Verband: Dort bieten die Nationalliberalen sogar den
Provinzialpräsidenten des Bundes der Landwirte, einen sehr
schickigen Oekonomisten, als Kandidaten an, — der Bund der
Landwirte aber entscheidet sich für den Antisemiten Buch-
händler Kippelberg!

Was werden die heftigen Nationalliberalen nach diesen sehr
schmerzhaften Ausfällen dem Bund der Landwirte tun? Was
sich schon in Gießen läst, werden sie in Nidda-Verband
und Gießen-Verband wiederholen, benützig und geborant die
Antisemiten wählten? Schimmen kann die politische Entwir-
dung eines Arbeiter-Politi in einem solchen Falle sein.

Im Abschied ist es schließlich nicht ohne Interesse, daß der
Bund der Landwirte in diesen feilen überall nicht etwa Land-
wirte als Reichstagskandidaten und Vertreter der Bauernschaft
aufstellt, sondern Schulmeister, Baugemeister, Kaufmänner,
— und Buchhändler.

Arbeiterpartei und Klassenpolitik.

Man schreibt uns aus London am 25. März: Der be-
kannteste Umstand, daß eine englische Arbeiteroberbehörde
bei der Unterabteilung vom letzten Montag, die die bekannte
Schiedsgerichtsbehörde Sir Edward Cross brachte, ihren Rame-
den in den Klagen liegen, indem sie gegen die Willkürs-
reolution gegen die Regierung stimmten, hat zu schweren
Erörterungen Anlaß gegeben. Der Labour Leader, das Organ
der Arbeiterpartei gehörigen Independent Labour Party
(I. L. P.) hat den beiden Abgeordneten geltend die Verleihen
gelassen und dabei beruhigende Worte gesprochen, daß auch
eine Anzahl anderer Arbeiterpartei, die bei jener Gelegen-
heit ihre Absicht vernachlässigten, indem sie bei der Stim-
mung nicht anwesend waren. Von 24 Arbeiterpartei-
mitgliedern fehlten bei der Abstimmung nicht weniger als 19. Es ist
erkennlich, daß gegen den Willen der zwei Abgeordneten und die
Wahlverbindung der Arbeiter an der Mitte der Ar-
beiterpartei selber entscheidender Protest erhoben wird,
denn es müßte die wichtigsten und nützlichsten Beschlüssen der
Arbeiterpartei lahmlegen, wenn eine Anzahl ihrer Mitglieder
für entweder direkt in den Klagen fallen oder nicht parieren.

Erstlich ist auch, daß bereits eine Anzahl von Sozialdemokrat-
en in klaren Protesterklärungen das Borgehen bei be-
treffenden Arbeitervertreter verurteilten. Es ist jetzt um so
nötiger, den unsicheren Aktionisten unter den Arbeiterver-
tretern von unten darauf auf die Finger zu sehen, weil sich die
Partei durch die an der Konferenz von Leicester angenommenen
Entscheidungen der Möglichkeit benehmt hat, die fraktion-
mäßigen, in dem Bedarfsfälle zur Einhaltung der Disziplin zu
gingen.

Es nötig und nützlich diese Erörterungen in England sind,
so besonders, ja geradezu gefährlich wäre es, wenn man
daraus im Ausland und vor allem in Deutschland falsche
Schlüsse über die Stellungnahme der Arbeiterpartei als solcher
zu den Abstimmungsfragen ziehen wollte. Es wäre ebenso falsch
wie verhängnisvoll, wenn am Festlande der Eindruck erweckt
würde, daß die englische Arbeiterpartei sich im Kampf gegen
das Vertrauen kein Verstoß. Kein Vorwurf wäre weniger ge-
rechtigt, Gerade in der Frage des Militärischen und des
Wahlrechts hat die Arbeiterpartei eine den Grundrissen und
Entscheidungen der internationalen Sozialdemokratie vollkommen
entsprechende Haltung eingenommen, und die Arbeiterpartei
hat bei allen sich bietenden Gelegenheiten, zuerst auch gerade
in der Wahlrecht der vorigen Woche, die Forderungen der inter-
nationalen Sozialistengenosse auf die internationale Ein-
führung der Abstimmungen und die Abschaffung des Zensus-
rechts mit großer Energie erhoben. Da, es ist in erster Linie
gerade ihre unerlässliche Tätigkeit auf diesem Gebiete, bei der
englische Arbeiterpartei es zu verdanken hat, daß die Bestand
des internationalen Arbeitervereins besteht. Zumal, ja die
feineren sozialistischen Kräfte in England in Fragen des
Militärischen bekanntlich nicht immer einmütig gewesen sind.

Auch soll man den gewiß sehr bedeutenden Zwischenfall bei
der Unterabteilung vom letzten Montag nicht über-
sehen. Ein oder zwei rühmliche Erfolge werden wohl in den
meisten Parteien zu finden sein und bei dem fast entsetzlichen
Individualismus der Engländer hält es ja überhaupt verhältnis-
mäßig schwer, in diesen wie in anderen Fragen Disziplin
durchzusetzen. Das Rollen von 19 Arbeitervertretern bei der
Abstimmungsabstimmung, ja, so wenig es zu empfehlen wolle,
dennoch dahin geklärt werden, daß diese Abgeordneten für
den Abstimmungsentscheidungen eintraten oder nicht, so sie nicht
zu bekümmern waren. Die Abstimmung fand erst nach der
langen Rede Sir Edward Cross kurz vor Mitternacht statt,
weshalb viele Abgeordnete sich aus anderen als politischen
Gründen entfernt hatten. Ferner ist zu bemerken, daß die
Arbeiterpartei überhaupt bei allen Unterabteilungen
voll bei sein pflegen. Das ist kein erkleckliches Kapitel,
hat aber mit der besonderen Frage des Vertrauens nichts zu
tun. Das wichtige und entscheidende aber ist, daß die Ab-
stimmung vom Donnerstag, die sich ebenfalls auf eine Wäh-
lentscheidungen gegen die Abstimmungsabstimmung der Regierung
bezog und von der Arbeiterpartei selber eingeleitet wurde,
weshalb 14 Abgeordnete nicht erschienen, weil dieser Gelegen-
heit hin, nur ein Arbeitervertreter gegen die
Resolution, nur zwölf — wovon einer jetzt in Australien ist
— fehlten bei der Abstimmung. Einer der zwei Abge-
ordneten, die am Montag für die Regierung stimmten, nämlich der
Verarbeitungsverträge Wilsou, stimmte am Donnerstag mit
der Arbeiterpartei gegen die Abstimmungsabstimmung. Von den elf,
die sich fernhielten, läßt sich höchstens von drei oder vier
drei annehmen, daß sie den Kampf der Arbeiterpartei
gegen die Abstimmungen nicht billigen. Der einzige Abgeordnete,
der noch für die Abstimmungsabstimmung der Regierung stimmte, ist
Wilsou, der Vertreter des Schiffbauhandwerkes
Wales im Parlament.

Das wichtigste ist, die diese Resultate in England genau nach
sachverständigen Maßstäben zu beurteilen, kann man daraus er-
sehen, daß Justice, das Organ der englischen Sozialdemo-
kratie (S. D. S.) in seiner letzten Nummer dem Verarbeitungsver-
treter Wilsou selbst am Donnerstag erfolgender „Mißfall in
den Parlamenten“ damals noch nicht bekannt sein konnte) wohl-
wollend auf die Schulter klopfte, weil er mit seiner Stimm-
abgabe für die Abstimmungsabstimmung proletarischer Unabhängigkeits-
geißel gezeigt habe! Hier sind die letzten, zu leugnen, daß so
wohl die Disziplin innerhalb der Arbeiterpartei wie auch die

zu scheuten. Der Arbeiter scheint ein großer Mann auch darin
zu sein, daß er ungenügend bleiben will. Zum wenigsten ver-
sichert Professor Keller, der im Cosmos den neuen Apparat
beschreibt, daß er seinen Namen nicht habe in Erfahrung
bringen können. Er sieht also ein, daß die Maschine, die ein
Präsident, wenn die Weltmacht gebracht wird. Die
Maschine gleicht in Größe und Form einer kleinen Schreib-
maschine und kann während des Gebrauchs, nachdem sie ge-
wöhnlich mit Wasser „bedient“ worden ist, in einem festen
Gehäuse verbleiben, aus dem nur der Kopf des zu
bedienenden Wirtes hervorsticht. Das ist die Maschine, die
die menschliche Hand das weitere zu befragen, und zwar
ist nur eine Hand dazu nötig, da ja auch die andere für das
Wählen der Rechenmaschine oder anderer Vorrichtungen, die mit
Wasser versehen werden sollen, frei bleiben muß. Das Fort-
nehmen des fertigen Briefes erfolgt durch die Maschine selbst,
weshalb die Maschine ein kleiner Behälter wird. Die ganze
Geräte geht sehr schnell, da die Bedienung der Maschine in
nichts anderem als in dem Niederdrücken und Wiederablassen
des Hebelv. Man kann auf diese Weise ungefähr 4000
Numeris in einer Stunde belassen. Diese Angabe scheint
freilich ein wenig zu hoch zu sein, weil dann bei-
nabe 100 Numeris in einer Minute fäßen. Man wird aber auch
eine Leistung von 1200 Numeris in einer Stunde oder 20 in
einer Minute für eine ganz annehmbare Arbeit erachten
können. Da es sehr viele Verwendlichkeiten gibt, in denen
Briefschaften in Massen umschickt werden müssen, so kann diese
Maschine, wenn sie unerschöpfliche Arbeit, auf eine große Ver-
breitung und Beliebtheit rechnen und dürfte sich auch bald be-
währen. Es ist noch bemerkenswert, daß 500000 Marken auf
einmal unternehmen vermag, die in sechs Wochen angeordnet
sind. Es wird man wohl auch nicht schwer fallen, den kleinen
Apparat noch weiter zu verbessern, indem man ihn für ver-
schiedene Marken einrichtet, was natürlich nicht gebräuchlich
sein scheint.

Der Refr. 24. wird zu dem Gegenstand noch geschrieben:
Von mehreren deutschen Firmen wird seit einiger Zeit
eine „deutsche“ Maschine deutscher Erfindung hergestellt,
weshalb das im Cosmos beschriebene e 14 e 2 Fabrikat in
allen wirtsch. Zentren überflüssig. Alle Maschinen des deut-
schen Zugs werden entweder von Hand oder durch elektro-
magnetischen Antrieb betriebe; die Briefe befinden sich nebst
den Marken in einem geschlossenen Kasten; ein Zurückziehen
des Briefes ist unmöglich; die Maschine selbst, in dem
diesbezügliche ist nur wie ausgeführt, da der Verbrauch an
Marken, je nach dem System in verschiedener Weise kontrol-
liert wird, indem entweder ein Zählwerk eingebaut ist oder
die nicht zum Auflösen dienenden Marken von der Ma-
chine abgehoben werden; ebenfalls geht auf eine Warnung
nicht unterlassene Ehrgabe, der Aufschrift des
deutschen Zugs. Die fünf verschiedene Markenarten ver-
wendet werden; die Maschinen belassen, je nach der Art ihres
Antriebes, mindestens 3000 Numeris pro Stunde, d. h. 50
in einer Minute, lassen sich aber als das Doppelte wie das
englische Fabrikat.

Einigkeitlichkeit mancher ihrer Mitglieder, noch viel zu wünschen übrig läßt. Aber in den Fragen des Militarismus und der Rüstungspolitik ist die englische Arbeiterpartei nicht nur als Organisation, sondern auch so gut wie ausnahmslos in ihrer ganzen Mitgliedschaft völlig einig mit den Arbeiterpartei aller anderen Länder. Jeder Versuch der Zingos des Reiches, aus völlig vereinzelten Bewegungen, mit denen übrigens die Arbeiterpartei selber schon fertig werden kann, ein Kapital für sich zu schlagen, kann mit dem nächsten Hinweis auf die wirklichen Tatsachen zurückgeschlagen werden.

Deutsches Reich.

— **Der Herr General.** Herr v. Bethmann Hollweg macht — **Karriere.** Aus der Armee ist er als Interimskommandant des Westfälischen Landwehrbataillons, als Herr Reichstagsabgeordneter, ernannte ihn Wilhelm II. zum Major und jetzt hat er ihn zum Generalmajor ernannt. Dieser neue General ist in seinem ganzen Leben nie aktiver Offizier gewesen. Wenn Herr v. Bethmann Hollweg in dieser Weise weiter „springt“, dann kann er es noch zum Generalfeldmarschall bringen. Daß der trotze Mann so viel Freude an den Uniformspielereien hat!

— **Das Schiffahrtsabgabengesetz.** Halbamtlich wird gegenüber manigfaltig verbreiteten irrigen Annahmen erklärt, die verbündeten Regierungen legten großen Wert darauf, den Gesetzentwurf über die Schiffahrtsabgaben noch in der jetzigen Fassung des Reichstages erledigt zu sehen. Die Beratungen der Reichstagskommission für das Schiffahrtsabgaben-Gesetz seien, nachdem der neue Text der Reichstagsfassung angenommen und der Bildung des Strombauverbands für die gemeinsamen Flüsse grundsätzlich zugestimmt wurde, in der letzten Woche nicht unerheblich fortgeschritten. — Ein Teil der bürgerlichen Presse äußert lebhaften Zweifel, daß es der Regierung gelingen werde, ihre Hoffnungen erfüllt zu sehen.

— **Die Zuwachssteuer und die Gemeinden.** Mehrere der Gemeinden, die nach § 20, Abs. 2 des Zuwachssteuergesetzes vom 16. Februar d. J. befreit sind, beim Reichstange die Befreiung ihrer bisherigen Zuwachssteuerzahlung zu beantragen, hatten mit der Stellung solcher Anträge zurück, bis die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz oder die Festlegung des Durchschlagsbetrages durch den Bundesrat erfahren oder ihre Gemeindevorstände besetzt hätten. Diese Gemeinden gehen, wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung berichtet, von unzutreffenden Voraussetzungen aus. Anträge auf Befreiung der bisherigen Satzungen können, soweit sie überhaupt ansüßig vorfinden, nur berücksichtigt werden, wenn sie vor dem 1. April d. J. vorbehaltlos gestellt und bei dem Reichstange eingegangen sind.

— **Folgen der Tabaksteuer.** Dem Reichstage ist eine national-liberale Resolution zugegangen, die die verbündeten Regierungen ersucht, „alsbald“ dem Reichstage noch einen Nachtrag zum Reichshaushaltsetz zur verfassungsmäßigen Bewilligung vorzulegen, durch den hinreichende weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden, um, entsprechend den Bestimmungen des Artikels IIa des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juni 1908, den infolge der Gesetzesveränderung geordneten oder durch Einschränkung der Betriebe geschädigten Gewerbetreibenden oder Arbeitern des Tabakgewerbes die bis zum 15. August 1911 gehende Unterstützung zu gewähren. — Rein, wie die National-liberalen arbeitgeberfreundlich werden! So kurz vor den Wahlen...

— **Die Landesherren, Landesherren.** Die Regierungen beider Mecklenburger sind für den 8. April zu einer gemeinsamen Sitzung nach Schwerin einberufen. Nach einer Sitzung der Mecklenburger Zeitung wird Mecklenburg-Schwerin einen Antrag auf Einführung einer Verfassung auf Grund freier Entschlüsse der Landesherren stellen.

Die Landesherren brauchen schon längst eine Verfassung, weil sie Geld brauchen. Aber die wirklichen Landesherren, die Junker wollen nicht!

— **Dunkel und Hell.** von den Schwärzen. Als fromme Söhne für das Königtum verloren Reichstagsmandat in Annaberg besitzenden die katholischen Vereine des Allgäus am 15. Mai von Annaberg aus einen Kongress nach dem Malifahrtsorte Mitterling zu veranstalten, an dem auch Turner, Feuerwehr und Schützenvereine teilnehmen. — Der liebe Gott und die Zentrumspolizei werden an ihren getreten Schwestern hergymnastische Freude haben!

Nach einer Münchener Meldung wird Dr. Heim am 28. März in einer großen öffentlichen Versammlung in Regensburg Abrechnung mit dem Reichstagszentrum halten. Er kündigt einen Vortrag 30 und die Zentrumsfraktion im Reichstage an.

Frankreich.

Beschlagen und geprenzt.

Aus Paris wird uns geschrieben: Seit dem Sturze Briand's ist die Reaktion noch nicht zur Beherrschung gekommen. Bis letzten Dienstag hat sie sich in der Hoffnung gewiegt, mit dem Ministerium Monis bald aufzukommen und dann ein von allen Reformneigungen freies Ministerium konstituieren zu können. Ihre geschnitzte Wiederlage nach dem häufigstgekehrten Ostrichtrickversuch hat sie um den letzten Teil von Hoffnung gebracht. Zur politischen Niederlage stellt sich jetzt die innere Spaltung.

Es sind die Progressisten, das sogenannte Zentrum, das aber durch die politische Entwicklung nicht nur auf den Stammtischen nach rechts gedrängt worden ist, die sich den Luxus einer weiteren Spaltung leisten. Es ist das ja nicht die erste Session der Progressisten. Seit sie aufgedeckt haben, Regierungspartei zu sein, bröckeln sie immer mehr ab. Erst war es die sogenannte demokratische Linke, die die progressistischen Ministerkandidaten aufnahm, dann gründete sich unter Combes die „republikanische Linke der Linken“, die sich jetzt mit der demokratischen Linken verschmolzen hat. Der

progressistischen Fraktion schlossen sich dagegen der größte Teil der ehemaligen Nationalisten und einige liberale Bonapartisten an, die sich mit der Republik „ausgesöhnt“ hatten, ohne deshalb aufzuhören, liberale Reaktionäre zu sein. Jetzt haben die paar authentischen Progressisten, große kapitalistische Republikaner vom alten Schlag, die neue Bundesversammlung zu kompromittiert gefunden. Und so haben sie eine neue Gruppe, die sich „republikanische Linke“ nennt, gegründet. Am Mittelpunkt dieser Gruppe stehen die Herren Baumit, Thiery und Chanot, die Hebelkräfte der einst so mächtigen Partei. Herr Chanot, der alte Führer der Progressisten in der Kammer, scheint diese Session nicht mitzumachen.

Die neue Gruppe will in den nächsten Tagen ihr Programm veröffentlichen. Auf diesen aufgewandten Mühen kann man gespannt sein. Ueber die eigentlichen Ursachen der Session scheinen sich die Sessionisten selbst nicht klar zu sein. Klar ist nur, daß sie Ansicht noch nicht sind. Da voraussichtlich die Verhältnisse mit der Außenverbindung zur Durchführung kommen wird, fürchten sie, wenn sie sich nicht mit der Reaktion verbinden, wobei sie ein Amt vom Staat zurück, zwischen rechts und links zerrieben zu werden. Aber diese Voraussetzung ist sicher nicht der einzige Beweggrund ihrer Abspaltung. Die Mehrheit der progressistischen Gruppe, die Briand unterstützt hat, ist von vornherein aus liberalen Erwägungen in scharfe Opposition zum Ministerium Monis getreten. Diese Erwägungen teilen die Sessionisten, die bloß das goldene Kalb anbeten, nicht. Geborene Regierungsgäste, ist ihnen die Rolle der heroischen Opposition untragbar. Sie wollen verdienen und herrschen. Wenn sie schon selbst nicht herrschen können, so möchten sie doch die Regierung beeinflussen, durch sie herrschen. Das können sie aber in der Opposition nicht. Wir werden ja sehen, ob es dieser neuen Dreimännerpartei gelingen wird, die Regierung im radikalen Sinne zu beeinflussen.

Vorläufig kann die Reaktion eine weitere Niederlage haben. Die letzten in Ost befindlichen Eisenbahner und zwei Redakteure der Guerre Sociale sind endlich auf freien Fuß gesetzt worden. Die volle Amnestie ist von der Regierung noch abgelehnt worden, aber sie wird jedenfalls nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Italien.

Der Sozialdemokrat beim König.

Dem Vortage wird uns Rom geschrieben: Die gesamte italienische Presse kommentiert den Empfang des Sozialisten Bissolati durch den König. Bissolati hatte sich, wie Tribune mittelt, geweigert, in einem Befehl oder einem Zylinderhut nach dem Curial zu gehen. Seine einzige Konzeption war, daß er Handfläche anlegte. Giorno d'Italia zufolge wurde Bissolati, der seinen ganzen Schlafputz im Vorzimmer zurückließ, sofort in das Kabinett des Königs geführt, wo dieser bereits anwesend war. Der König reichte ihm die Hand und nötigte ihn, neben ihm auf dem Sofa Platz zu nehmen. Das Blatt stellt in der Beschreibung dieses ungewöhnlichen Vorgehens fest, daß es lange her sei, daß Bissolati geküßt habe: „Neben mir dem König!“ Der sozialistische Organ Vanti erklärt, Bissolati habe als Bedingung für seinen Eintritt in das zu bildende Kabinett die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gestellt. Ein anderes Organ betrachtet den eventuellen Eintritt von Sozialisten in das neue Kabinett als ein Zeichen der Degeneration der Monarchie.

Uns scheint es vielmehr ein Zeichen der „Degeneration“ der italienischen Sozialdemokratie zu sein! — Ob Bissolati wirklich einen Ministerposten bekommen, war bis Sonnabend noch nicht entschieden.

Rußland.

Stolypin Siegt.

Petersburg, 26. März. Die Ministerkrise ist beendet. Stolypin bleibt auf seinem Posten. In seinem Haus fand gestern Abend ein Ministerrat statt. Durch zwei leiserliche Erlasse an den Senat wird beschlossen, daß Reichsrat und Reichsдума die Session, vom 25. bis 28. März unterbrechen. Die Erlasse sind von Stolypin gegengezeichnet.

Diese Unterbrechung der Reichsrats- und Dumastitzungen berechtigt die Regierung nach den Staatsgrundgesetzen, die Gesetzentwürfe für die sechs Selbstregierungen, deren Abrechnung im Reichsrat die unmittelbare Veranlassung für die Demission Stolypins bildete, zum Gesetz zu erheben. Innerhalb zwei Monaten nach Wiederaufnahme der Sitzungen muß das Gesetz den parlamentarischen Körperschaften vorgelegt werden. Zunächst erhält Stolypin die Genehmigung, indem seine Hauptgegner, die Reichsratsmitglieder Durnowo und Trepow vom 30. bis 1. Januar 1912 beurlaubt worden sind.

Bekämpfung des russisch-chinesischen Konflikts.

Petersburg, 26. März. Die Spannung zwischen Rußland und China läßt sich weiter zu. An der Moskauer und Petersburger Börse kursierte das Gerücht von dem bevorstehenden Ausbruch erster Verhandlungen. In Moskau sprach man sogar offen vom Ausbruch eines Krieges. In Regierungskreisen gibt man den Ernst der Lage infolge der angeblich herausfordernden Haltung Chinas zu. China konzentriert nach Moskauer Meldungen zwei Divisionen bei Chargin und hat mit dem Vortage gegen die russische Grenze begonnen. Russische Familien verlassen Chargin dicker Panik. Wie Wahrscheinlich ist überfallig. China verweigert Genehmigung für die Befreiung russischer Soldaten. (?)

Chinas Antivornote.

Aus Peking wird gemeldet, daß der russische Gesandte Strohnow dem Weipow erhalten habe, die Antivornote wegen

seiner Innameinbarkeit nicht zu übergeben. China habe eingewilligt, die russischen Forderungen zu erfüllen, habe aber dabei vorgeschlagen, ein besonderes Abkommen über die Konsulate und die Handelsfreiheit zu schließen. Zu Peking sei eine Auslandsdelegation von hohem Range geplant. Die Chinesen hätten in den letzten vier Tagen bereits neunmal auf russische Soldaten geschossen, ohne daß die chinesischen Behörden die erforderlichen Vorkehrungen getroffen hätten. Die Chinesen behielten sich herausfordernd und gerüchert russische Botschaften. An der Monarchie erwarnte man allenthalten den Krieg. Das Land sei voll chinesischer Truppen.

China gibt nach.

London, 27. März. Die Times melden aus Peking: General Grew hat dem Vizepräsidenten des Auswärtigen Amtes, der frühere Gesandte in Petersburg und Tokio, dem russischen Obersten einen Besuch ab und auch mündlich die Versicherung, daß die chinesische Regierung unersättlich den russischen Forderungen nachkommen werde, bis jetzt habe China nicht geglaubt, daß Rußland von China die genaue Durchführung der russischen Forderungen verlange, die in der letzten von Rußland an China gerichteten Antwortnote bezeichnet waren. China erkennt nunmehr an, daß die Forderung Rußlands ernst ist und gibt nach, weil es nicht anders handeln könne.

Mexiko.

Diaz will weichen!

Neuhor, 26. März. Das mexikanische Kabinett hat jetzt den Forderungen der Insurgenten insoweit nachgegeben, daß es zurückgetreten ist.

Der Rücktritt wird als unmittelbare Folge der Weigerung Vintanours mit den Vertretern der Unabhängigen eingetret. Vintanour gilt nunmehr als Herr der Lage. Es steht das Gerücht, Diaz verläßt Mexiko. Vertreter der Unabhängigen erklären, Madero werde die Feindseligkeiten jedoch vorläufig noch nicht einstellen. Der Rücktritt des mexikanischen Kabinetts bewirkt die Revolutionäre nicht. Die erwarteten jedoch, daß Diaz eine längere Europareise zu seiner „Erholung“ antreten und die Regierung dem Minister Vintanour und dem General Reyes übergeben wird. Dadurch würde der Frieden gesichert sein.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 24. März.

Ein schriftliche Arbeiten gewerbliche Tätigkeiten? Mit dieser Frage beschäftigte sich am Freitag die Strafkammer in der Sache des 57jährigen Agenten Gustav Schömann von Weismuth, der vom 2. bis 15. März 1908 wegen § 35 der Gewerbeordnung zu 30 M. Geldstrafe verurteilt worden war. Gegen dieses Urteil hatte er Berufung eingelegt. Der Beschuldigte, der früher Obermüller gewesen und wegen seines Alters seiner früheren Tätigkeit nicht mehr nachgehen kann, erwarbt sich teilweise von Auftragsarbeiten gewerbliche Schriftstücke und Berechnungen bei Weismuth. Seine strafbare Tätigkeit wird darin erblickt, daß er fremde Rechtsangelegenheiten besorgt habe, ohne der Behörde davon Anzeige erhalten zu haben. Er bestritt, daß solche schriftliche Arbeiten als gewerbliche Tätigkeiten anzusehen seien. Er sei nur zeitweise bei Unternehmern tätig gewesen und habe für seine Arbeiten etwa 30 Pfennig pro Stunde erhalten. Die gegen ihn erhaltene Anzeige erhebe auch schon deshalb Mißtrauen, weil er früher unter den Augen des Amtsrichters in Weismuth gearbeitet hätte und sich auf demselben nicht mehr amnestie ihm nicht gefügt habe, daß er jene Tätigkeit polizeilich anmelden müsse. Das Schöffengericht hatte zum Ausdruck gebracht, des Angeklagten Tätigkeit sei anmeldepflichtig gewesen, wenn Gewerbe sei, jedoch objektive Erklärung auf dem Gebiet der Industrie aufgenommen und jener Werksamt ihm nicht gefügt habe, daß er jene Tätigkeit polizeilich anmelden müsse. Das Schöffengericht hatte zum Ausdruck gebracht, des Angeklagten Tätigkeit sei anmeldepflichtig gewesen, wenn Gewerbe sei, jedoch objektive Erklärung auf dem Gebiet der Industrie aufgenommen und jener Werksamt ihm nicht gefügt habe, daß er jene Tätigkeit polizeilich anmelden müsse. Das Schöffengericht hatte zum Ausdruck gebracht, des Angeklagten Tätigkeit sei anmeldepflichtig gewesen, wenn Gewerbe sei, jedoch objektive Erklärung auf dem Gebiet der Industrie aufgenommen und jener Werksamt ihm nicht gefügt habe, daß er jene Tätigkeit polizeilich anmelden müsse.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Ort	25. März	26. März	27. März	28. März
Stern, Weidenweg	+0,70	+0,70	+0,69	0,01
Mörs, Oberpegel	+2,18	+2,18	+2,14	0,02
Unterppegel	+1,18	+1,18	+1,18	—
Weißerfeld, Oberpegel	+2,50	+2,50	+2,50	—
Unterppegel	+0,18	+0,18	+0,50	+0,02
Trottha	+2,10	+2,10	+2,02	0,08
Weselen, Oberpegel	+2,72	+2,72	+2,48	0,02
Unterppegel	+1,72	+1,72	+1,72	—
Wesera	+1,30	+1,30	+1,28	0,02
Stabe, Oberpegel	+1,02	+1,02	+1,04	+0,02
Unterppegel	+1,11	+1,11	+1,12	+0,01

Ort	25. März	26. März	27. März	28. März
Dresden	+0,49	+0,49	+0,34	+0,15
Dona	+1,80	+1,80	+1,86	+0,06
Wittenberg	+2,72	+2,72	+2,70	0,02
Noblauch	+2,18	+2,18	+2,13	0,05
Worb	+2,42	+2,42	+2,37	0,05
Magdeburg	+1,98	+1,98	+1,92	0,06

Verantwortlich für den Inhalt, Politische Redaktion, Partei-nachrichten, Gemeindefreies und Vertriebsbüro Paul Hennig, für Ausland, Beilagen und Vertriebsbüro Paul Hennig, für Provinzial- und Vertriebsberichte Gottl. Nass-porel, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Gesamtwort der Redaktion von 1/2 bis 1/2 Uhr.

Es gibt nur ein Urteil!

Die Möbelfabrik H. Hauptmann, Halle a. S., Kl. Ulrichstrasse 33 a. u. b., ist für einfache Möbel-Ausstattungen anerkannt das größte und leistungsfähigste Spezialhaus. Zwanglose Besichtigung für jedermann von grossem Wert! Grösste Auswahl! Reelle, rundsinnige Bedienung! Kulante Zahlungsbedingungen!

Wenn Sie bei den hohen Kaffeepreisen besonders sparsam wirtschaften wollen, versuchen Sie unseren

Edeka-Kaffee

mit Surrogat, aromatisch - bekömmlich - preiswert.

1/2 Pfd. - **40 Pf.**
Patet

Demer empfehlen wir unseren unübertroffenen **Edeka-Malkaffee**, 1 Pfd. - **28 Pf.**

Zu haben bei unseren Mitgliebrn, namentlich an unserem Firmenstand:
Eintaufs-Berein der Kolonialwaren-Händler
C. G. m. b. H., Halle a. S.

Scherben-Doktor!
Nur in der Drogerie v. Otto Kramer, gegenüb. d. Glauchaer Kirche.

Gebrauchte Möbel
Friedrich Peileke, Tel. 2450. - Geisstr. 25.

Pa. Harzer Käse
Dampfmoik, Meseritz.

Kopfungeziefer
mit Frau besetzt am schneidsten LAUSIEN, Preis 50 Pf.

gr. Schlachtfest.
Reinh. Biermann, Harz 50.

Kakao, eigenes Fabrikat, von 90 Pf. pr. Pfd. bis 2.50 empfiehl.

Garten

in Orllwitz zu pachten ges. Angebote an Walther Saalfeld Orllwitz, Talstrasse 12 H.
Käse Hochfelder Holsteiner Holländer 10 Pfd. Probe-Postkolln M. 3.40 Bahnsendungen Pfd. - 0.32
Gerh. J. Voigt, Kiel.

Arbeitsmarkt

2 Schlosser- und Bleichschmiede - Lehrlinge bei hoher Vergütung gesucht. **Gustav Kamprath**, Neuberger Delfischstr. 26.
Barbierlehrling stellt unter günstigen Beding. ein **Franz Caspar, Barbier u. Friseur, Bitterfeld**, Sommerstr. 6.

Für die Schule!

Schreibwaren.

Schiefertafeln 20 18 8 Pf.	Radiergummi 3 Pf.	Tintenwischer 5 Pf.
Schiefertafeln vollert 52 42 38 Pf.	Löschblatt großer Bogen 3 Pf.	Löschblätter 10 Stück 4 Pf.
Schreibhefte 8 5 Pf.	Tafelmappe 42 26 9 Pf.	Etiketts für Ordnerhefte 100 Stück 10 Pf.
Schuldiarien 8 Pf.	Reisszeuge 3.95 2.95 1.50 98 68 28 Pf.	Etiketts für Quornerhefte 100 Stück 20 Pf.
Wachstuchhefte limitiert 17 Pf.	Tuschkästen m. Grundformen, 48 22 Pf.	Griffelspitzer 4 Pf.
Aufgabenhefte 4 Pf.	Lineale 8 5 4 2 Pf.	Ordnungsmappen 45 38 20 Pf.
Oktavhefte limitiert 7 4 Pf.	Stundenpläne 5 1 Pf.	Bleistifttülsen 3 Pf.
Schulfedern 3 Dutzend 9 Pf.	Umsteckhalter m. Feder u. Blei 9 Pf.	Schubleistifte Dutzend 40 28 18 Pf.
Federbüchsen 8 5 Pf.	Tuschpinsel 3 Pf.	Schulfederhalter 7 4 1 Pf.
Schieferstifte 100 Stk. 48 Pf.	Zirkel einzeln 98 48 28 9 Pf.	Reissbretter 98 Pf.
Schieferstifte im Karton 7 Pf.	Farbstifte im Etuis 65 48 35 25 9 4 Pf.	Winkel 48 38 28 25 Pf.
Federkästen 25 12 6 Pf.	Pastell-Etuis 22 18 12 9 Pf.	Kurven 10 8 4 Pf.
Tafelschwämme 8 3 Pf.	Notizbücher 10 9 4 Pf.	Reisskohle im Karton 5 Pf.
Schultinte 8 5 Pf.	Transporteure 10 3 Pf.	Reissbrettstifte 3 Dtz. 6 Pf.

Schul-Tüten
in grosser Auswahl.

Schul-Schürzen
in allen Größen u. Garnierung enorm billig.

Butterbrot-Papier 20
100 Blatt 1/2 Pf.

Schul-Tornister

für Knaben:	für Mädchen:
Ledertuch, Lederbuch mit Lederriemen eingest. 35 Pf.	Ledertuch, eingest., Lederriemen 1.45 bis 30 Pf.
Plüschdeckel, eingest., Lederriemen 95 Pf.	Segeltuch für Hand und Rücken 25 Pf.
Seehunddeckel, imitiert, eingest., Lederriemen 95 Pf.	Pluviosin, bester Ersatz für Leder 25 Pf.
Segeltuch, brauner Lederriemen 195 Pf.	Rindleder für Hand und Rücken 7.50 6.45 5 50 4 25 Pf.
Rindleder, schwarz und braun, Lederriemen 4 25 Pf.	Schultaschen, Stoffgeflocht 38 Pf.
Frühstückstaschen, Wachsloch 25 10 Pf.	Frühstückstaschen, Rindlederriemen zum Umhängen 1.50 bis 35 Pf.

Bücher-Träger
mit und ohne Federklappen.

Kolleg-Mappen
in allen Größen und Preisen.

Bücher-Riemen
alle Längen, mit u. ohne Griff.

Knaben-Anzüge 2²⁵
für 3-8 Jahre Strabazierstoffe

Schul-Stiefel
Wir übernehmen für jedes Paar, trotz des auffallend billigen Preises, volle Garantie für Haltbarkeit.

Schul-Kleid 3⁴⁵
„Grna“
70-160 cm lang 12.50 bis

Schul-Mosen 98
für 3-8 Jahre marinebl. Gehilf 1.25

Rossleder breit und runde Formen, häufig genagelt
22-24 25-26 27-30 31-35
195 225 275 325

Schul-Capes 1⁹⁵
aus haltbaren Stoffen 3.95 3.25

Schul-Anzüge 4⁵⁰
jezt haltbare Stoffe 6.50

Box-Leder naturgemäße Formen, leicht und sehr dauerhaft
22-24 25-26 27-30 31-35
265 295 345 445

Mädchen-Jackets 2²⁵
praktische, haltbare Stoffe 5.75 3.50

nach Vorchrift Turnschuhe nach Vorchrift.

Hamburger Engros-Lager **LEOPOLD NUSSBAUM** G. m. b. H. Halle a. S., Gr. Ulrichstrasse 60/61.

Hilfe
bei Rückgratverkrümmungen...
"Persönlich in Halle im sprechen Mittwoch u. Donnerstag, den 29. und 30. März, Hotel Stadt Berlin v. 9-5 Uhr."

Für Brautleute.
Wenig gebrauchte Möbel.
Kauf: Schranz, Serrions, Cajatis, prager, Tischlässe, 4 Holzschilde, Aufgehüllte m. Wat., Spiegel, rotes gutes Federbett, 2 Bilder, Kuchentisch, Kasten ist jetzt sportlich zu verkaufen.
Halle S., Geisstr. 21, 2 Tr. i.

Die Rechte u. Pflichten des Mieters.
Preis 20 Pfennig.
Zu beziehen durch die Volks-Buchhandlung.

Ständesamtliche Nachrichten
Galle-Eub (Steinweg 2, 25. März, Aufgehoben: Reichsamt Neberchert u. Marie Bepner (Ammerdorf und Brandeitz 14). Arbeiter Doh u. Adia Ebold (H. Wagnerstraße 53 und Ludwigstraße 13). Friseur Huber u. Hedwig Schamuel (Hummelstr. 26 u. S. Schandstraße 3). Kaufmann Kalla und Grete Hubermann (Sao Romao de Corario und Solbstraße 58). Schornsteinfeger Jenzide und E. Schudorff (Bitterfeld und Döberitz). Zimmermann Hoffmann und E. Hoffmann (Höhen und Halle a. S.). Oberleutnant Krauß und A. Mojsig (Weißgärterstr. 39 und Gubig). Diätar Wenge u. A. Meinow (Halle a. S. und Wilmshöfen).

Geborene:
Zielauer u. Emma Rehmer (Reibebergstr. 7 u. Jul. Kühnstr. 7). Oberleutnant Feige und Martha Büchler (Krausenitz 2 u. Büchendorf). Buchbinder Emmerich und Luise Bucherich (Serrionsstr. 21 u. Kl. Schloßgasse 4). Kaufmann Maul u. Emma Grindel (Serrionsstr. 3). Affistent Schülze u. Margarete Eckardt (Weißgärterstr. 48). Arbeiter Schöberg und Frieda Bengel (H. Verensstraße und Driemil). Former Arendt und Anna Reil (Glauchauerstr. 29 u. Galberg 18). Fleischer Six und Elie Thiele (Weißgärterstr. 48). Arbeiter Schödel u. Wilma Kind (Schmar und Weinauerstr. 16). Geschäftsführer Amann u. Helene Gutjahr (Weißgärterstr. 6 u. Verensstraße 2). Apotheker Marcuse u. Julie Müller (Köln und Wagbergstraße 14). Friseur Albert u. Emma Hirsch (Weißgärterstr. 13 und Gr. Klausstr. 17). Arbeiter Starke gen. Schwarz und Anna Schödel (Spitze 7 und Mittelwache 12).

Geboren:
Ladestierer Ketz E. (Serrionsstraße 3). Blauschiffers Wittenstein Berlin (Glauchauerstraße 6). Friseur Peter T. (Glauchauerstraße 4). Arbeiter Franke S. (Häufigerstraße 23).
Gestorben:
Witwe Johanne Altmeyer geb. Hüblin 78 J. Weilerstr. 19. Ehegatten Seuer Ehefrau Marie geborene Wollsta, 29 J. (Geberstraße 1). Blumenhändler Hofmann, 45 J. (Marxstraße 17). Margaritha Gendke S. 1 Mon. (Weißgärterstraße 13). Witwe Anna Koch geb. Neubert aus Naumburg a. S. 69 J. (Hermannstraße 7). Arbeiter August aus Albrechtsteden, 50 Jahre (Hermannstraße 13).
Halle-Mord (Gr. Wannenstr. 23).

Aufgehoben:
Schlosser Gähde und Margarete Delfschlager (Reibebergstraße 5 und Abolatenweg 16). Kaufmann Serrion und Elie Voigt (Weißgärterstr. 21). Malchmitt Friedrich und Martha Büchler (Weißgärterstraße 7). Arbeiter Seuer und Auguste Rischer (Schulberg 20). Töpfer Madede und Frieda Straupe (Reibebergstr. 8 und Döberitzstr. 7).
Geborene:
Bauarbeiter Emmerich und Emma Hoffmann (Weißgärterstr. 34 und Höhe 5).
Geboren:
Robelthischer Göbe T. (Burgstr. 13). Major Herwig T. (H. Buchereistr. 28).
Gestorben:
Hilgerin Amalie Probel, 68 J. (Gr. Wannenstr. 62). Walter's Knecht, 2. Jahrg. (Friedrichsplatz 9). Arbeiters Probel T., 10 Monate (Reibebergstr. 17).



1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 74

Halle a. S., Dienstag den 28. März 1911

22. Jahrg.

Die Bagdadbahn.

Die türkische Presse ist wieder voll Lobeserhebungen für Deutschland. Die Veranlassung dazu gibt das Uebereinkommen über den Baueisen der Bagdadbahn. Es habe wiederholt darauf verwiesen, wie leicht die orientalische Bevölkerung in ihr Gegenteil umschlägt. Wir haben auch drastische Beispiele davon gesehen anlässlich der Balkaner Entente. Es kann nicht bezweifelt werden, daß der Bau des Schienenwegs bis Bagdad für die Türkei von eminentester Bedeutung ist. Von der großen Transversalstraße, die Konstantinopel mit dem Indischen Ozean verbinden soll, sind demnach nunmehr 1245 Kilometer bereits gebaut, während für weitere 1435 Kilometer verbindende Verpfändungen vorliegen und mit ihrem Bau bereits begonnen worden ist. Bis zum Persischen Golf bleiben noch etwa 650 Kilometer. Für diese Schlußstrecke haben die deutschen Kapitalisten das geschäftliche Interesse der deutschen Kapitalisten liegt nicht im Persischen Golf, sondern an der Küste Arabiens, wo sie jetzt in Alexandria erste einen Hafen neben Verbindungslinie zur Bagdadbahn erbaut. Der Persische Golf wird kommerziell von England beherrscht. Die Eisenbahn bis Sumrat am Persischen Golf würde auch kommerziell vor allem England zugute kommen. Denn es wäre damit eine Handelsstraße geschaffen worden, die Ostindien mit Mesopotamien und Persien verbinden würde.

Für die deutschen Waren wie für jede Konkurrenz, die aus Europa kommt, ist der weitaus kürzeste Weg, um in das Innere Arabiens zu dringen, die Seestrasse nach Syrien. Im Weste der syrischen Küste, der großen Eisenbahn und der Inlandstrassen kann das deutsche Kapital deshalb ruhig zuwarten, ob die Schlußstrecke der Bagdadbahn gebaut wird oder nicht.

Für die Bagdadbahn selbst dürfte es allerdings von Vorteil sein, wenn sie bis zum Golf gebaut worden wäre. Denn erstens, würden sich ihre Frachten durch den Verkehr mit dem Indischen Ozean vermehren, Johann aber durchläuft gerade diese Schlußstrecke in ihrem größten Teil von Bagdad bis Wasra ein sehr fruchtbares und bevölkertes Gebiet. Aber das berührt das Interesse der deutschen Finanzgruppen gang und gar nicht. Denn sie bekommen ihre Garantien: 11 000 000 Franc für jeden Kilometer Eisenbahn, den sie gebaut haben, und 4000 Franc für jeden Kilometer, den sie in Betrieb gesetzt haben. Ob also die Eisenbahn über Syrien oder Ostindien führt, für die Finanzierung interessiert sie sich immer. Dagegen, wenn die Schlußstrecke nicht gebaut wird, muß offenbar ein bedeutender Teil des Handelsverkehrs Mesopotamiens, der sonst dem Persischen Golf zufließen würde, der Eisenbahn folgend, die Richtung nach Alexandria nehmen. Es ist klar, daß das für den deutschen Handel von Vorteil wäre.

Der ganze Streit am Ruweit und die Schlußstrecke der Bagdadbahn ist rein wirtschaftlich, sondern ein politischer. Es ist der Streit des englischen mit dem deutschen Imperialismus. Der deutsche Imperialismus will, unter Umgehung des Zentralrats, des Bundesrats und des Reichstages, den Indischen Ozean gelangen, der großen Eisenbahn, die durch Ostindien nach Arabien führen. Der Handelsweg nach Ostindien wird, freilich, für alle Seiten der Seeweg ebleiben, aber die Imperialisten hüten und drücken haben es sich nicht um die Entwicklung der wirtschaftlichen Weltbeziehungen, sondern um die Weltbeherrschung, nicht um die Kulturperfection, sondern um die Kriegswirtschaft, nicht um den Warenverkehr, sondern um die Bewegung der Armeen und Kriegsstellen.

Das Bagdadabkommen beweist, daß man durch wirtschaftliche Verbindungen mehr erreichen kann, als durch Gewalt, daß folglich der Imperialismus der kapitalistischen Entwicklung selbst im Wege steht. Eine andere Tatsache, die ebenfalls in Verbindung steht mit der Bagdadbahn, besteht darin, daß der Weg nach Arabien im Hinblick auf die Eisenbahnen und die Seeschiffen eine bedeutende Baumollkultur sich zu entwickeln. Im Eilat bei Aqaba betrug schon 1904/5 die Baumwollenernte 65 000 Ballen, jetzt wird sie auf 85 000 Ballen geschätzt. Das sind ganz andere Resultate, als jene, welche man in den deutschen Kolonien bis jetzt hat erzielen können! Das Baumwollgeschäft in Mesopotamien wird sehr bedeutend von deutschen Kapital gefördert. Nunmehr aber erst mit der Erbauung der Eisenbahn werden die reichen Baumwollgebiete Mesopotamiens erschlossen werden. Was braucht man da noch Willkür bei Kriegsflotte und westliche Kolonien mit ihrer Korruption, ihrem Tropenoller und ihrer Negerschänderer auszuheulen!

Man braucht es nicht, aber man tut es — denn der Kapitalismus führt zur Herrschaft einzelner Oligarchen und die bürgerliche Gesellschaft selbst wird zum Opfer und zur Beute vermöglicher Abenteuerer.

Gegenüberstände, der in der Organisation die bestehenden separatistischen Verbände anerkennt und nur weitere Spaltungen vermeiden, die Bahnspalte aber einseitig führen will — wobei für kleinere Streiks sogar die Autonomie der separatistischen Gewerkschaften zugestanden wird. Darauf hat die separatistische Gewerkschaftskommission wiederum mit einem Beschlusse geantwortet, der dem ersten in Wesen entspricht: wieder sollen überall in ganz Österreich — selbst im rein deutschen Gebiet, wo sich einige tschechische Arbeiter aufhalten — in derselben Branche, mehrere Gewerkschaftsorganisationen derselben Branche nebeneinander bestehen: Die Arbeiter jeder Werkstätte sollen national geteilt sein. Das einzige Zugeständnis, das darin gemacht wird, besteht darin, daß ein gemeinsamer Arbeiterfonds für die gesamten Gewerkschaften Österreichs geschaffen werden soll, bei der Notgerate Streits unterzürufen soll.

Wenn es also in dem letzten Jahre seit Koppenberg noch nicht weiter gekommen. Die tschechischen Separatisten und mit ihnen die ganze offizielle tschechische Partei heben noch immer auf demselben Standpunkte, daß die Gewerkschaften national geteilt, d. h. daß die Arbeiter jeder Fabrik nach ihrer nationalen Zugehörigkeit gehalten werden sollen, und sie weisen jedes Entgegenkommen der zentralen Gewerkschaften zurück. Die Reichskonferenz der zentralen Gewerkschaften, die vorige Woche tagte, hat denn auch die Konsequenzen daraus gezogen und die Verhandlungen mit den Separatisten für abgebrochen erklärt. In dem einstimmig gefassten Beschlusse heißt es: „Die aus den separatistischen Gegenständen ersichtliche Tendenz hindert den weiteren Fortschritt der Fortschritt, sie widersprechen den elementarsten Begriffen über die Gewerkschaften und deren Kampfe; sie sind vielmehr Grundforderungen des tschechischen Nationalismus, Tendenz, die das Proletariat nicht einigen, sondern gegenseitig entfremden und es darum kulturell und sozial ernstlich bedrohen. Die Reichskonferenz spricht als ihre Überzeugung aus, daß die verantwortlichen Faktoren der tschechischen Gewerkschaften und der tschechischen Partei mit vollem Bewußtsein den nationalen Aspirationen näher stehen als den sozialen Bedürfnissen der tschechischen Arbeiterklasse. Sie billigt deshalb den Abbruch aller weiteren Verhandlungen mit den Separatisten und macht es den Zentralverbänden zur Pflicht, mit den separatistischen Organisationen in kein Verhältnis zu treten und die Einheit der Organisationen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu wahren.“ Auf der Reichskonferenz waren Vertreter aller Nationen anwesend; sie stimmten alle einstimmig für die Resolution. Der österreichischen Gewerkschaftskommission stehen nun weitere schwere Kämpfe bevor. Hoffen wir, daß sie sie ohne Schaden übersteht.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe

Es durch die Beschlüsse der Unternehmer vom 22. März getätigt verhängt worden. Der paritätische Arbeitsnachweis soll allen Eines beseitigt werden und der von den Arbeitern eingereichte Vertragsentwurf wurde von der Verammlung futzershand abgelehnt. Die „Arbeiter Ratgeber“ ließen es an schmeichelnden Schwärzern nicht fehlen und in der kurzstimmigen wurde dem Arbeitgeberverband der Kampf bis auf Messer erklärt. Dem Anschein nach sind also die Hamburger Fischer dazu anzuersuchen, das Recht praktisch zu erproben, das einer ihrer Führer auf der im vorigen Jahre in Eisen a tagenden Generalversammlung des Arbeitgeber-Verbandes für das deutsche Holzgewerbe zur Empfehlung brachte: den Kampf gegen den Arbeitgeberverband nach dem militärischen Muster zu organisieren. Ohne Kampf scheint in Hamburg ein annehmbarer Vertrag nicht zustande zu kommen. Im Internerherlager hat die schwarzmärkerische Richtung die Oberhand gewonnen. Den Arbeitern bleibt dabei nichts anderes übrig, als ihre Maßnahmen ebenfalls demnach einzurichten. In überflüssigen Beratungen, nachdem sie die Beschlüsse ihrer Vertreter entgegen und einstimmig wurde in der Versammlung vom 23. März beschlossen: Alle Reigen haben sofort das Kampfgelände zu verlassen unter Zahlung eines angemessenen Reisegeldes; ab 27. März wird allen ortsansässigen Streikenden und Arbeitlosen eine erhöhte Unterstützung gezahlt; der paritätische Arbeitsnachweis darf Arbeitsträger an gesperrte Betriebe nicht vermitteln, selbst auf die Gefahr hin, daß der Nachweis seine Tätigkeit ganz einstellen muß; Überlieferungen sind strikte zu verweigern.

Am Samstag schon gegenmüßig 60 Betriebe mit rund 1500 Beschäftigten. Es kommen die Branchen der Bau- und Möbelschiffer, Bauanfertiger, Parkettleger und Maschinenarbeiter in Frage. — Bezug nach dem a m u r g ist strengstens fernzuhalten.

In Celle hatten die Holzarbeiter einen guten Erfolg. Der neue Vertrag sieht vor: Wäher betrug der Stundenlohn 36 Pf. bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 57 Stunden. Die Arbeitszeit wird nun sofort auf 56 Stunden, 1912 auf 55 und am 1. April 1913 auf 54 Stunden vermindert. Der Durchschnittslohn wird sofort auf 47, am 1. 4. 1912 auf 49, am 1. 4. 1913 auf 51 und am 1. 4. 1914 auf 53 Pf. pro Stunde erhöht. Sämtliche Stundenlöhne werden sofort um 3 Pf. erhöht und während der Vertragsperiode insgesamt um 9 Pf. pro Stunde. Für Nacht- und Sonntagsarbeit werden entsprechende Zuschläge gemacht.

Der Ausbruch der Lederer in Thüringen.

In Erfurt, Weimar und Gotha besteht der Ausbruch der Lederer. Das Bewußtsein der Unternehmer, von auswärtigen Arbeitswilligen heranzuziehen, ist bisher von wenig Erfolg gekrönt gewesen. In Eisenach haben die Lederer vor am Mittwoch die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen, nachdem am Tage vorher sämtliche Unternehmer die Forderungen der Gehilfen durch Unterfertigung anerkannt hatten. In Jena wird voraussichtlich der neue Tarif ohne ArbeitsEinstellung von beiden Seiten anerkannt werden.

Werbungen über Gewerkschaftsstämpfe.

Auf der Stimmengruppe in Dortmund spielen die „Arbeitslos“ organisierten Maschinen und Seiger Streikbrecher.

In Kumbach stehen die Brauereiarbeiter vor einem Lohnkampf. Der Tarif läuft am 1. April ab; die Arbeiter fordern angemessene Lohnerhöhung. Die Unternehmer machen ein völlig ungenügendes Angebot. Die Differenzen scheinen ohne Kampf nicht geschlichtet werden zu können.

Seit drei Wochen stehen die Wästenmacher in Paris im Streik. Unter den Streikbrechern befindet sich auch ein Deutscher namens Joseph Fric. Dieser bemüht sich jetzt obenrein, durch drückliche Aufforderungen weitere Arbeitswillige aus Deutschland heranzuziehen. Unter Hinweis darauf erlauben wir, jeden Zugang von Wästenmachern nach Paris streng fernzuhalten. Internationale Union der Holzarbeiter.

Achtung, Transportarbeiter!

In Weimar stehen seit Dienstag die Kollegen bei den Speibittensfirmen: Müldold, Stauppenbach und Müngel, sowie Kopp und Jügelohst & Ziegler im Streik. Wie uns mitgeteilt, beabsichtigen die Unternehmer in allen Orten Arbeitswillige zu werben. Auch werden große Inzerate losgelassen, um solche nützlichen Elemente heranzuziehen. Wenn aber überall feste Solidarität geübt wird, muß der Sieg unfer werden. Bitte, Werbungen sind an den Unterzeichneten brieflich oder telefonisch unter 682 zu richten. C. Köhner-Weimar-Volkshaus.

Der Kampf der englischen Bergarbeiter.

Am Sonntag fand die Abstimmung der Arbeiter über die vom Vorstand des Südbritischen Bergarbeiterverbandes vorgelegte Frage, ob die Bedingungen der Unternehmer angenommen werden sollen oder nicht, statt. Diese Bedingungen laufen auf die völlige Unterwerfung der Arbeiter hinaus auf das Bestreben der Grubenherren hin, daß sie die Klagen der Arbeiter nachher von Fall zu Fall in Erwägung ziehen“ wollen. Die bürgerlichen Blätter verkünden die Arbeiter und meinen „blutige Organe“ der Grubenherren, die entweder unmaß oder furchbar aufgekauft worden sind. Die Ereignisse haben aber gezeigt, daß die kämpferischen Elemente der Grubenbevölkerung ungeachtet der bisher schon erlittenen Entschörungen zum äußerten Widerstand entschlossen sind, und daß ein dauernder Friede auf dieser Grundlage selbst dann nicht möglich wäre, wenn die Abstimmung eine Mehrheit für die Unterwerfung ergeben hätte. Dies ist jedoch nach allen Berichten nicht der Fall; und da die Grubenherren sich übermühter denn je gebären, so muß man sich auf einen verlängerten hartnäckigen und bitteren Kampf gefaßt machen.

Am neuen Wochenende haben die Bergarbeiter mit 7041 gegen 809 Stimmen die Fortsetzung des Ausstandes sowie die Ablehnung der unterbreiteten Kompromißvorschlüsse beschlossen.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 27. März 1911.

Die Taktik der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre Partei, die ganz bewußt und planmäßig die Herrschaft der bestehenden Klassen beseitigen und an deren Stelle die Volksherrschaft setzen will. Reform oder Revolution? Oder beides? Die Frage wird ganz besonders von den Gegnern im kommenden Wahlkampf den Parteigenossen überall vorgehalten werden, deshalb gilt es, über unsere Taktik von Grund aus unterrichtet zu sein.

Am morgigen Dienstag, abends 8½ Uhr, findet im großen Saale des Volksparks der sechste Vortrag im Vortragskurs über unsere Grundzüge und Forderungen statt. Das Thema lautet: Die parlamentarische Taktik der Sozialdemokratie. Als Vortragener ist einer der ältesten und bewährtesten Parlamentarier der Partei gewonnen worden: Reichstagsabg. Frh. Geper-Leipzig. Genosse Geper wird das wichtige Thema klar und tief behandeln und auch die praktische Haltung der Partei zu den Gesekzentwürfen (die berühmte „Regierung“) besprechen. Die „positive Arbeit“ und alles, was sich darum gruppiert, wird dargelegt werden. Der Vortrag wird für die praktische Wertbarkeit des Wissens im Wahlkampf von außerordentlichem Werte sein. Ein gefüllter Saal steht zu erwarten. Eingelassene zu 10 Pf. für den Vortrag sind noch in beschränkter Zahl zu haben. Alle bisher gelassenen Eingelassenen haben Gültigkeit.

Ueber die Lage der Vorträge der Genossen Liebknecht und Burm erfolgen nächsten genaue Mitteilungen.

Eine Lohnbewegung im Baugewerbe

Beachtenswert ist die Lohnbewegung im Baugewerbe. Die Bauarbeiter in Liebenau, Nietleben, Bismarck, Dölan, Lieslau, Schiepzig, Lettin, Brachwitz und Friedrichswerder. Eine gemeinsame, starbuckende Mitgliedsversammlung von Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern befaßt sich am Sonntag, 28. März, mit der auf die eingereichten Forderungen eingegangene Antwort der in Frage kommenden Unternehmer. Gefordert wurden Erhöhung des Stundenlohnes vom 1. April 1911 ab von 55 auf 58 Pf. und vom 1. April 1912 bis 31. März 1913 von 58 auf 60 Pf. — Von zwölf Unternehmern haben fünf die Forderungen in vollem Umfang, weitere fünf nur für das Jahr 1911, insofern, daß die 3 Pf. in der Weise verteilt werden sollen, daß sie ab 1. April 1912 2 Pf. und ab 1. Juli 1912, ab 1. April 1913 die weiteren 2 Pf. bewilligen. Ein Unternehmer hat überhaupt nicht geantwortet, und der Arbeiter-Verband hat das Baugewerbe in Halle, der zwei Mitglieder in den Orten haben will, (2) zeigt sich „genetisch“, allerdings für jedes Jahr — 1 Pf. pro Stunde zu bewilligen.

Nach jeder neuen Diskussion scheint die Versammlung das Angebot des Arbeiter-Verbandes einstimmig ab und beschloß folgende Resolution:

Die am Sonntag, den 28. März 1911, in Anstalts Gültigkeit gemeinsame Versammlung beauftragt die Verbandsleitungen auf Grund der beschriebenen Lohnangebote in weitere Unterhandlungen mit den Unternehmern zu treten, zur Aneignung eines gleichmäßigen Lohnes. Die Versammlung erklärt ausdrücklich, daß, wenn eine Einigung nicht zustande kommt, die Forderungen mit allem Nachdruck erkämpft zu wollen.

Weiter wurde beschlossen, daß alle Kollegen, die Arbeiter

Der österreichische Gewerkschaftsnotstand.

G. P. Wien, 21. März 1911.

Seit vier Monaten wurden zwischen der Reichsgewerkschaftskommission und der Kaiser tschechischen (separatistischen) Gewerkschaftskommission Verhandlungen geführt, die gemäß dem Auftrage des kaiserlichen Kongresses von der Gesamtparteiüberzeugung der österreichischen Sozialdemokratie eingeleitet worden sind und die den Zweck hatten, eine Beilegung des Gewerkschaftsnotstandes vorzubereiten. Diese Konferenzen sind nun als resultatlos abgebrochen worden.

Es hatten schon unter sehr ungünstigen Auspizien begonnen. Denn unmittelbar nach dem kaiserlichen Kongresse folgte die tschechische sozialdemokratische Partei ganz offiziell mit einer wahrhaftigen Hege gegen die deutsche sozialdemokratische Partei und gegen die zentralen (internationalen) Gewerkschaften ein. Wieder wurden eine Reihe von Gewerkschaften von der Spaltung verhöhnt und jetzt wird daran gearbeitet, die Eisenbahner zu halten. Die Reichsgewerkschaftskommission ist bei den Verhandlungen den Wünschen der Separatisten so weit entgegengekommen als es überhaupt möglich ist, wenn man nicht die Kampffähigkeit gegenüber den Unternehmern preisgeben will. Auf den ersten Vorstoß der Separatisten, der einfach die nationale Teilung der Gewerkschaften bis in die kleinste Werkstätte hinein verlangt, antwortete sie mit einem

nach Feierabend oder Sonntags für andere Leute ausführen, diese Arbeiten zu unterlassen haben.

Ueber Mißstände in der neuen Zementfabrik wurde bittere Klage erhoben; die Arbeiterverhältnisse A. A. in jedem dieser Räume, der mit einem ganz anderen Namen bezeichnet zu werden verdient. Es ist wahrlich notwendig, daß die Verwaltung sich einmal diese Mißstände betrachtet und es nicht erst soweit kommen läßt, daß den Arbeitern der Gesundheitszustand sehr zu ihrer Reue durch das letzte Mittel betriebligen werden.

Die Angst vor den kommenden Reichstagswahlen

Es sind schwerwiegende Vorzeichen schon geblieben, die sich nicht nur dem Gewissen, sondern auch dem Verstande der Arbeiter offenbaren. Es ist nicht nur die Verunsicherung über die Zukunft, sondern auch die Verunsicherung über die Zukunft der Arbeiter, die den Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat. Die Arbeiter wissen nicht, was die Zukunft für sie bringen wird. Sie wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat. Die Arbeiter wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat.

Sie wissen nicht, was die Zukunft für sie bringen wird. Sie wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat. Die Arbeiter wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat.

Die Arbeiter wissen nicht, was die Zukunft für sie bringen wird. Sie wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat. Die Arbeiter wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat.

Die Arbeiter wissen nicht, was die Zukunft für sie bringen wird. Sie wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat. Die Arbeiter wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat.

Die Arbeiter wissen nicht, was die Zukunft für sie bringen wird. Sie wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat. Die Arbeiter wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat.

Die Arbeiter wissen nicht, was die Zukunft für sie bringen wird. Sie wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat. Die Arbeiter wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat.

Die Arbeiter wissen nicht, was die Zukunft für sie bringen wird. Sie wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat. Die Arbeiter wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat.

Die Arbeiter wissen nicht, was die Zukunft für sie bringen wird. Sie wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat. Die Arbeiter wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat.

Grund von unfähbaren Verträgen erlangt haben, und die sie im Interesse der sozialdemokratischen Propaganda mißbrauchen, wieder zu nehmen. (11)

Und wird sich mit heftigsten Augenverbrechen in erster Demagogie eine Träne für die Witwen und Waisen, den Bedürftigsten des Arbeiterstandes, abperlet, die beim Scheitern der Vorlage (durch sozialdemokratische Obstruktion?) der dringenden notwendigen Forderungen bezüglich geben müßten!

Sie wissen nicht, was die Zukunft für sie bringen wird. Sie wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat. Die Arbeiter wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat.

Sie wissen nicht, was die Zukunft für sie bringen wird. Sie wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat. Die Arbeiter wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat.

Sie wissen nicht, was die Zukunft für sie bringen wird. Sie wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat. Die Arbeiter wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat.

Sie wissen nicht, was die Zukunft für sie bringen wird. Sie wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat. Die Arbeiter wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat.

Sie wissen nicht, was die Zukunft für sie bringen wird. Sie wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat. Die Arbeiter wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat.

Sie wissen nicht, was die Zukunft für sie bringen wird. Sie wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat. Die Arbeiter wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat.

Sie wissen nicht, was die Zukunft für sie bringen wird. Sie wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat. Die Arbeiter wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat.

Da nun die Konfirmation gemeinschaftlich im Leben des guten Christenmenschen als ein äußerst wichtiger Akt und Lebensbedingung angesehen wird und die Polizei bei den wichtigsten Gelegenheiten im Leben der ihrer Furcht angebrachten Christenmenschen in Verweigerung des Zutritts zum Gottesdienst, so wird es namentlich auch den verdienstlichen „Ordnungsamt“ einschließen, daß auch am Sonntag die Anwesenheit der Polizei eine unumgängliche Notwendigkeit war. Also, um es noch einmal zu betonen, die Vertreter der öffentlichen Ordnung sind nicht nur die Vertreter der öffentlichen Ordnung, sondern auch die Vertreter der öffentlichen Ordnung.

Immerhin besteht es aber die Öffentlichkeit, der sich ein gewissenhafter Besucher stellen muß, die Polizei gegenüber zu verweigern hat, anzuweisen, daß man die Bedeutung der Feier auch hier nicht zu würdigen mußte. Die Augen der Arbeiter der Arbeiter, die glänzende Anwesenheit und dem Ernst (zwei Mann) einfach und schlicht, dem Ernst der Feier angelehnt, im schwarzen Gehrock erschienen. Selbstverständlich begibt die Polizei selbst in ungewohnten, zwingenden „Bewegungen“ nicht nur dieses Amtes. Als nämlich Herr F. die Arbeiter hielt, glaubte Herr Kommissar F. die öffentliche Anwesenheit durch dokumentieren zu müssen, daß er den Gesetzen die Befugnisse nicht „politisch“ zu reden, widrigenfalls er ihn am Weitergehen hindern müßte. Natürlich tat dies der Feier keinen Abbruch, auch den jungen Schülern, die in diesem Augenblicke durch das Vorhandensein der Arbeiter „Bewegung“ begehrt werden. Die Anwesenheit wurde durch vorzügliche Lieder des Arbeiter-Chorales und durch Harmonisations des Herrn Kapellmeisters Sonnenberg verziert.

Das Abendprogramm wurde in würdiger Weise durch das Orchester der Arbeiter-Sonntag mit dem Beginn der ersten und zweiten Hälfte der Oper „Kaiser und Königin“ durch den Chor der Arbeiter in solchem Maße erfüllt, daß Herr Oberbürgermeister Vitzthum wegen Unzufriedenheit nicht auftreten konnte, so kamen die Teilnehmer des Abends doch noch auf ihre Rechnung. Herr Herr Vitzthum sprang die Anwesenheit der Arbeiter in der ersten Hälfte der Oper „Kaiser und Königin“ durch den Chor der Arbeiter in solchem Maße erfüllt, daß Herr Oberbürgermeister Vitzthum wegen Unzufriedenheit nicht auftreten konnte, so kamen die Teilnehmer des Abends doch noch auf ihre Rechnung.

Die Arbeiter wissen nicht, was die Zukunft für sie bringen wird. Sie wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat. Die Arbeiter wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat.

Die Arbeiter wissen nicht, was die Zukunft für sie bringen wird. Sie wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat. Die Arbeiter wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat.

Die Arbeiter wissen nicht, was die Zukunft für sie bringen wird. Sie wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat. Die Arbeiter wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat.

Die Arbeiter wissen nicht, was die Zukunft für sie bringen wird. Sie wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat. Die Arbeiter wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat.

Die Arbeiter wissen nicht, was die Zukunft für sie bringen wird. Sie wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat. Die Arbeiter wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat.

Die Arbeiter wissen nicht, was die Zukunft für sie bringen wird. Sie wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat. Die Arbeiter wissen nicht, ob die Arbeiter die gleichen Rechte erhalten werden, die die Arbeiter in der letzten Zeit so sehr in Anspruch genommen hat.

Advertisement for MAGGI Bouillon, featuring the text 'Sie haben recht, wenn Sie bei Ihrem Kaufmann ausdrücklich MAGGI Bouillon zu 5 Pfr. verlangen...' and an illustration of a woman.

Der weitere Verlauf des Todes ist der verhaftete Kaffierer ...

Wittin. Zwischen dem hiesigen Bürgermeier und einigen Unternehmern besteht ein recht gespanntes Verhältnis, das in einer Strafkammerhandlung in Halle am Comeniusweg zum Ausdruck kam.

zwei Jahren Buchstaus und fünf Jahren Ehrverlust

Schöffengericht. **Adolf Proletarier** wurde in einer Verhandlung angeklagt, die auf Grund einer Anzeige eines Hauswirts gegen eine obere Arbeiterin anhängig gemacht worden war.

ohne Unterlaß. Die Schneehöhe beträgt im Gebirge 30 Zentimeter.

Wuffel 26. März. An ganz Belgien hält das Schneetreiben ein. Stellenweise liegt der Schnee über einen Meter hoch.

Großes Eisenbahnunglück. **Bei Deile** an der altmärkischen Küste in den Vereinigten Staaten stürzte ein Zug ins Wasser.

Ein Unglück. **Wegen Unterschlagung** von rund 700 Mark wurde in Walsdorf bei Westermünde der frühere Kassierer der Eisenbahn entlassen.

Allerlei. **Furchtbare Brandkatastrophe.** 150 Personen, meist Wädchen, verbrannt!

Neuhart, 27. März. Der Brand der Wägen- und Kleinfabrik warenfabrik in der Gewerkschaft am Wühlingsplatz war die furchtbare Katastrophe seit dem Brand des Dampfes Elcom.

Luftballonabflug. **Kassel, 27. März.** Der Freiballon Altenburg des Luftschiffers Altenburg, der bei Anreisen an Nord, stürzte gestern nachmittag beim Landen unweit Kassel bei dem Dorfe Kerndorf herab.

Riesige Münzenflut. **London, 26. März.** Bei Ausgrabungsarbeiten umweil des Domes St. Marcellin in Venedig sind Eisenarbeiter auf eine Menge großer Gefäße mit Goldmünzen gestoßen.

Aus dem Leben der Professore. **erschaffen** von Dr. W. Klinghöffer in einem mit vier Abbildungen versehenen Aufsatze, der in Heft 12 der Natur, dem Tage der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft (Schweizerische Zeitschrift für Naturwissenschaft, Bern, 1904) veröffentlicht wurde.

Stadt-Theater.

Alexander Moissi vom Deutschen Theater in Berlin gab am Comanderio ein Gastspiel als Franz Moor in Schillers Häubern, unter den denkbar ungünstigsten Umständen.

Schneehöhe. **Kassel, 27. März.** Seit 48 Stunden herrscht im gesamten Schwarzwald ein gewaltiger Schneesturm.

Die Feuerwehr und die hiesigen Behörden sowie der Staatsanwalt erschienen sofort auf dem Platze. Die Ursache des Brandes war wahrscheinlich Kurzschluß.

Die Feuerweh und die hiesigen Behörden sowie der Staatsanwalt erschienen sofort auf dem Platze. Die Ursache des Brandes war wahrscheinlich Kurzschluß.

Einige handgreifliche äußere Unterschleibungsmerkmale zwischen Wädchen und Professore, wie sie dem Laienauge auffallen, haben wir erörtert.

Zum Reichstags-Wahlfonds. **Pettin.** Nach Reichstagswahl in Wietleben durch Hr. Ohme 1.30 Mt.; Konsum-Sitzung, amerikanische Auktion 1.48 Mt. Weinband.

Zentral-Bibliothek. **Ausgabe** in den Tagen: Dienstag, Donnerstag abends 8-9 Uhr und Sonntags von 10-12 Uhr.

Bei Wäucherinnen und ständigen Frauen bildet „Kaufte“ eine sehr gut erwerbende, leicht verdauliche Speise, die zu jeder Zeit genossen werden und eine angenehme Fleischspeise gegenüber der beliebten Verarbeitung von Fleischbraten darstellt.

Gerichtssaal, Strafhammer.

Die Mutter- und Kinderkasselle auf dem Bodenwerke, die im Dezember v. J. und im Januar d. J. Auffen erzeugt, kamen im Gerichtssaal zur Verhandlung.

Verband der Maler, Filiale Halle a. S.

Die Mutter- und Kinderkasselle auf dem Bodenwerke, die im Dezember v. J. und im Januar d. J. Auffen erzeugt, kamen im Gerichtssaal zur Verhandlung.

Mitglieder-Versammlung.

Die Mutter- und Kinderkasselle auf dem Bodenwerke, die im Dezember v. J. und im Januar d. J. Auffen erzeugt, kamen im Gerichtssaal zur Verhandlung.

Makulatur

Die Mutter- und Kinderkasselle auf dem Bodenwerke, die im Dezember v. J. und im Januar d. J. Auffen erzeugt, kamen im Gerichtssaal zur Verhandlung.

Gleichberechtigung für die Frau erfährt auch der neutrale Günterleber. Der allem nämlich die Frauen und Mädchen sich selbst frei machen von den Fesseln, die Erziehung und Alkoholisierung ihnen auferlegt.

Kernigen Schmeer von frischer Schlichtung a Pfund 68 J sowie feinste Rot-u. Loberwurst a Pfund 1 Mk. **Paul Bauermann, Marktplatz 20** Telefon 1223.

Haushaltungsbücher für alle Tage des Jahres, für jede Familie und einzelne Personen passend. Preis 1 Mk. Zu beziehen durch die Selbstverhandlung.

Kolossal billig Intolge **grosser Fänge: Kabeljau** ohne Kopf Pfund 22 Pf. **Karbonaden** Pfund 28 Pf. **Bratschellisch** 19 Pf. **Portionsschellisch** 28 Pf. **Telefon 1275. Nordsee. Vertreter: Gr. Ulrichstr. 58. Albert Assmus.** Grösste Hochseefischer Deutschlands.

